Es sind abtransportiert worden seit April 1919 über 200 000 Kriegsgefangene; zurückgeblieben sind noch etwa 190 000, die sich in etwa 85 Lagern befinden. Die Unterbringung in den Gefangenenlagern leidet, wie erklärlich, unter der Kohlennot. Das Verhältnis der russischen Kriegsgefangenen zu den deutschen Kommandobehörden ist im allgemeinen als gut zu bezeichnen.

•

Der französische Stimmungsumschwung in der Kriegsgefangenenfrage

Von B. P. N. steht das Original eines Anschlags zur Verfügung, das ein Deutscher, der aus einem französischen Gefangenenlager entflohen ist, mitgebracht hat. Dieser Anschlag beweist, daß die französische Regierung zumindest nicht immer auf dem Standpunkt gestanden hat, den die Note vom 1. November einnimmt. Sein Wortlaut ist der folgende:

„Kriegsgefangene! Die deutschen Kriegsgefangenen werden so schnell wie möglich nach der Heimat zurückgeschickt, nach Unterschreibung des Friedensvertrages. Die Ausführungsgegenstände werden durch eine Unterkommission für alle alliierten und verbündeten Mächte geregelt werden.

Die heiratenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen werden auf Kosten und Sorgen der deutschen Regierung zu ihrem Wohnsitz gebracht werden, selbst wenn sich dieser im besetzten Gebiet befindet; ihre Heimbeförderung wird in diesem Falle der Zustimmung und der Kontrolle der militärischen Behörden der Verbündeten und alliierten Mächte unterstellt werden.

Die Kriegsgefangenen, die vor Gericht gestellt sind oder die gerade eine Strafe verbüßen, die die Folge von Disziplinarvergehen ist, werden ebenfalls zurückgeschickt werden, mit Ausnahme von denen, die wegen derartiger Vergehen nach dem 1. Mai 1919 verurteilt worden sind.

Die Gefangenen, die sich andrer Vergehen schuldig gemacht haben, mögen zurückgehalten werden.

Die Gefangenen haben das Recht, auf ihre Heimbeförderung zu verzichten. Aber die alliierten und verbündeten Regierungen behalten sich das Recht vor, dieselben heim zu befördern oder sie ins neutrale Ausland zurückzuschicken oder ihnen die Erlaubnis des Aufenthalts auf ihrem Gebiete zu geben. Ihre Heimkehr kann übrigens auch derjenigen der Gefangenen oder Angehörigen der alliierten und verbündeten Mächte untergeordnet werden, die sich noch in Deutschland befänden. — Die verbündeten und alliierten Regierungen sowie die deutsche werden gegenseitig eine vollständige Liste der Toten austauschen und werden sich gegenseitig die Gräber derjenigen, die nicht identifiziert worden sind, anzeigen."

Darunter folgt der französische Stempel mit der Umschrift P. G. N. L. des Departements de Meurthe-et-Moselle et Vosges.

Aus der italienischen Kammer

Mailand, 28. November. Der Avanti berichtet, daß die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in ihrer gestrigen Sitzung in Rom beschlossen hat, alle Abgeordneten, die der sozialistischen Parteigruppe angehören, einzuladen, der Eröffnungssitzung der Kammer am 1. Dezember beizuwohnen zum Zweck einer antimonarchischen Kundgebung. — Der Corriere della Sera vernimmt, daß die sozialistischen Abgeordneten zu Beginn der parlamentarischen Arbeiten der Kammer von der Regierung die Anerkennung der russischen Sowjetrepublik verlangen werden.

•

Italien will die Aenderung des Friedens

Wie aus Rom gemeldet wird, veröffentlicht die Presse folgende Erklärung, die von der katholischen Partei ausgehen soll. Im Hinblick auf die Ratifikation des Versailler Vertrags durch königliches Dekret, die notwendig geworden ist aus Besorgnis vor einer Regierungs- oder sogar Staatskrise, wird in gewissen Kreisen eine völlig verfassungsgemäße Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen nicht sozialistischen Gegnern des Vertrages ermöglichen würde, nicht mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen zu müssen. Diese Lösung würde darin bestehen, den Vertrag unter der Bedingung gutzuheißen, daß die Regierung die Initiative dazu ergreift, die Abänderungen darin aufzunehmen, die notwendig sind, um die Ausführung des Vertrages zu erleichtern und ihn dem Grundsatz der Gerechtigkeit und eines wirklichen Friedens, für den Italien in den Krieg gegangen ist, mehr anzupassen.

Der unabhängige Parteitag

Leipzig, 29. November. Die erste Reichskonferenz unabhängiger Frauen, die im Rahmen des Parteitages der U. S. P. D. stattfindet, wurde heute vormittag im Leipziger Volkshause durch Frau Luise Zietz mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Für den Parteivorstand begrüßte Crispien die Frauenkonferenz. Nach der Wahl eines Bureaus wurde in die Tagesordnung eingetreten, die neben einem Referat von Luise Zietz über Organisations- und Pressefragen Berichte über die Frauen und das Rätesystem sowie über die Erwerbsarbeit der Frauen umfaßt.

Frau Luise Zietz bemerkte, daß die Zahl der Anhänger der U. S. P. von Tag zu Tag wachse. Die politische Lage in Deutschland sei gegenwärtig trostloser denn je zuvor. Die Gewaltherrschaft der Regierung gegen alle Revolutionäre sei schlimmer als die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz und während der Kriegszeit. Die Schuld liege hauptsächlich bei den Mehrheitssozialisten. Mit ihnen müsse man in erster Linie abrechnen. Die Rednerin wandte sich dann gegen den Militarismus, namentlich gegen den neuen, der vielmehr koste als der alte, nämlich eine Milliarde monatlich, während man für die Wöchnerinnenfürsorge nicht genügend Geld zur Verfügung stelle.

Nach scharfer Auseinandersetzung auch mit den bürgerlichen Parteien, führt die Referentin aus, daß die politisch trostlose Lage in den wirtschaftlichen Verhältnissen, in der Verschuldung des Reiches, in der Arbeitslosigkeit, in der Korruption, in der spekulativen Besteuerung der Bedarfsartikel und überhaupt in der jetzt zutage tretenden Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems begründet sei. Man müsse daher durch die Diktatur des Proletariats den Sozialismus verwirklichen. Die Möglichkeit hierzu hänge ab von der technischen Entwicklung der Produktion und von dem Grade des Interesses und der politischen Reifekraft der arbeitenden Masse. Wenn das Proletariat stark genug sei, dann werde man den Kampf aufnehmen und durch die Waffe der geistigen Arme in ganz Deutschland die politische Macht erwerben und den Kapitalismus stürzen.

Protest gegen die Wahl im 28. Kreise

Gegen die Gültigkeit der Wahl zur Nationalversammlung im 28. Wahlkreise hatte der bekannte Generalsekretär der Deutschnationalen, Kurt Fritzsche, Dresden, Protest erhoben, mit dem sich der Wahlprüfungsausschuß Donnerstag den 27. November beschäftigte. Herr Fritzsche wollte die Wahl für ungültig erklärt wissen, weil der Dresdner Soldatenrat in amtlicher Eigenschaft die Soldaten im sozialistischen Sinne beeinflußt habe. Zu diesem Zwecke seien Militärautos zur Verfügung gestellt worden, bei einem Umzuge habe eine Militärkapelle mitgewirkt usw. Schließlich stellt er auch die Behauptung auf, der unabhängige Kriegsminister Fleißner (!) habe anläßlich eines Demonstrationsumzuges der Mehrheitssozialisten die militärischen Bureaus schließen lassen. Dafür, daß auf die Soldaten ein Druck ausgeübt wurde, den Sozialdemokraten zu wählen, blieb der Protesterheber jeden Beweis schuldig. Die Behandlung des ganzen Protestes bot den Ausschußmitgliedern einige heitere Minuten. Denn diese kleinlichen, zunächst beweislosen Behauptungen hielten einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Der Ausschuß sprach sich deshalb nach kurzer Beratungen, bis auf die Stimme des Vertreters der Deutschnationalen, der natürlich die Arbeit seines Parteifreundes, so gut es ging, zu verteidigen suchte, einmütig für die Gültigkeit der Wahl aus.

Seelenrettung

Trotz allen Bemühungen, den unehelichen Kindern und ihren Müttern eine andre Stellung in der Gesellschaft zu erringen, hat in kirchlichen Kreisen die Beurteilung dieser Ausgestoßenen sich nicht geändert. Auch der Krieg, der so manchen über die Unehelichen anders denken gelehrt hat, ist an den „frommen" Eiferern spurlos vorübergegangen. Das deutsche Volk braucht Nachwuchs, aber noch wie vor spricht die Kirche, wenn er nicht in der Ehe gezeugt wird, ihr Verdammungsurteil. Wie die „Frommen" mit unehelichen Müttern verfahren, das lehrt wieder einmal folgender Fall, der dieser Tage in Berlin vorgekommen ist.

Ein jetzt 18jähriges Mädchen hat mit einem nahezu 19jährigen jungen Mann ein Verhältnis, das baldmöglichst zur Ehe führen sollte. Als die mit dem katholischen Liebfrauenverein in Verbindung stehende Vormünderin des Mädchens merkte, daß die beiden die Rechte der Ehe vorweg genommen hatten, veranlaßte sie, die schleunigste Trennung und die Unterbringung der „Sünderin" in einer kirchlichen Anstalt. Das Mädchen wurde durch einen nach der Wohnung kommenden Schutzmann aufgefordert, sich auf dem Polizeibureau einzufinden, und von da aus brachte man es dann zum Polizeipräsidium und weiter zum Liebfrauenverein in der Ansbachstraße, worauf unverzüglich die Ueberführung nach einer Anstalt bei Paderborn erfolgte. Die Mitwirkung der Polizei läßt darauf schließen, daß ein Verfahren auf Ueberweisung in Fürsorgeerziehung eingeleitet worden ist, und so erklärt es sich wohl auch, daß die Festnahme gerade noch an dem Abend vor dem 18. Geburtstage des Mädchens ausgeführt wurde. In der Anstalt werden nun die „frommen" Schwestern alle Möglichkeiten tun, damit in dem Mädchen die „sündhafte" Neigung sich schon vor der Ehe an der Mehrung des Nachwuchses für das deutsche Volk zu beteiligen, gründlich unterdrückt und erstickt wird.

Das beste Mittel gegen die „Verworfenheit" der beiden „Sünder" wäre, sie schleunigst heiraten zu lassen. Wir vermuten aber, daß die Anstalt das Mädchen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres festhalten wird. Sollen wir uns darüber äußern, wie diese „Kur" auf die in Anstalten zusammengepferchten geschlechtreifen Mädchen zu wirken pflegt? Doch die „frommen" Eiferer sind stolz darauf, daß sie wieder einmal die „Sittlichkeit" geschützt haben. Oder ist es ihnen auch darum zu tun, an dem Mädchen eine „Seelenrettung" vorzunehmen? Der junge Mann ist nicht katholisch, sondern evangelisch. Das ist es wohl, was den „frommen" Schwestern am meisten Pein macht.

An ihren Früchten . . .

Die Humanité vom 21. November stellt als „erstes Ergebnis der Wahlen" eine ganz beträchtliche Teuerung der Lebensmittel, auch der städtischen, fest. Plötzlich sind z. B. grüne Erbsen von 110 Frank die 100 Kilo auf 180 Frank, Fett von 6 Frank und 10 Cent das Kilo auf 8 Frank, Reis von 110 Frank die 100 Kilo auf 175 Frank gestiegen. Die Preise für Kaffee haben sich um ein volles Drittel erhöht!

Dazu bemerkt das Pariser Blatt: „Ach, der Sieg ist ihnen in den Kopf gestiegen. Jetzt zeigen sie keinerlei Zurückhaltung mehr. Vor der Wahl mußte man die Wähler schonen, nach der Wahl sind es die Schieber, die man belohnen muß. Man sage nicht, daß der Staat, als der Verproviantierer, selbst plötzlich unter einer solchen Preiserhöhung leidet. Natürlich befanden sich jene Waren, deren Preis er so plötzlich erhöht, schon seit einer ganzen Zeit in Reserve in den Depotlagern. Es ist viel einfacher: Die Wahlen sind vorbei, jetzt braucht man keine Rücksichten mehr zu nehmen und kann ruhig alles steigen lassen."

Wir haben für die schwierige Lage des französischen Proletariats das vollste Verständnis und zweifeln auch nicht daran, daß die Dinge sich tatsächlich so verhalten, wie es das Sozialistenblatt hier darstellt. Der durchschlagende Sieg des Kapitalismus hat eben den Kriegsgewinnlern und Lebensmittelschiebern freie Bahn für ihre Ausbeutungspläne geschaffen. Aber wie verträgt sich dann diese berechtigte Klage mit dem Argument der französischen Sozialisten, daß das Wahlergebnis für sie gar keine Niederlage, ja vielmehr einen Sieg bedeutet, weil es nicht auf die Zahl der verlorenen Mandate, sondern auf die Zahl der gewonnenen Stimmen ankommt? Entweder — oder? Theoretisch mögen die französischen Sozialisten ein prächtiges Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf abgelegt haben, praktisch aber wird nach diesem Wahlergebnis das französische Proletariat schlimmer denn je der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung ausgeliefert werden.

Rückkehr aus Indien

Berlin, 29. November. Von zuständiger Stelle erfährt die Deutsche Allg. Ztg., daß im Laufe eines Schriftwechsels zwischen Deutschland und England von englischer Seite zugesagt wurde, daß der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Indien Anfang Dezember beginnen werde. Alle erdenklichen Maßnahmen zur Durchführung des Transports seien in humanitärer Weise getroffen worden.

Deutsches Reich

Oberst Reinhardt nach Glogau versetzt. Wie die Kreuzzeitung hört, ist Oberst Reinhardt, gegen den der Reichswehrminister wegen der Stellung der Ehrenkompanie für den Generalfeldmarschall Hindenburg eingeschritten war, nach Glogau versetzt worden.

•

Berlin, 29. November. Der Reichswehrminister, an den wiederholt in der Presse die Frage gerichtet worden ist, was er zur Verfolgung und Aufklärung des sogenannten Falles Sklarz veranlaßt habe, teilt mit: Das mir zugänglich gemachte Material wurde von mir an demselben Tage dem Staatsanwalt zugeschickt. Bei einer Aussprache mit dem Reichsjustizminister und den zuständigen Dezernenten im preußischen Justizministerium habe ich die Versicherung erhalten, daß jede gesetzliche Möglichkeit ausgenutzt wird, um eine gründliche Aufklärung herbeizuführen.

Die Justizreform. Der Reichsjustizminister Schiffer teilte aus den zweitägigen Verhandlungen mit den Vertretern der Einzelstaaten über die geplante Justizreform Pressevertretern Einzelheiten mit und hob u. a. hervor: Die Zuständigkeit der Amtsgerichte werde auf eine Streitsumme von 1200 M., die der Gewerbegerichte von 200 M., die der Kaufmannsgerichte von 600 M. erhöht werden. Ferner habe man die Einführung von Altersgrenzen für die richterlichen Beamten und die Frage einer besseren Besoldung der Richter erwogen. Eine Bereinheitlichung der bunischeckigen Titel wesens werde erstrebt. Künftig sollten nur die Bezeichnungen Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat und Reichsgerichtsrat bleiben. Ferner erstrebe man eine gleichmäßige Aus- und Vorbildung aller Juristen. Frauen sollten in Zukunft zur Ablehnung der ersten juristischen Prüfung zugelassen werden, womit aber noch nicht gesagt sei, daß sie in Zukunft auch zur zweiten juristischen Prüfung und zum Richteramte Zutritt erhalten würden.

Ein Ermittlungsverfahren gegen Sklarz. Der erste Staatsanwalt am Landgericht Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Sklarz eingeleitet. Das Verfahren wegen Ausweisung Sonnenfelds aus Holland ist schon seit Anfang dieses Monats im Gange.

Sächsische Angelegenheiten

Landesbeamtenbeirat bei der sächsischen Regierung

Das Ministerium des Innern beabsichtigt, wie unser Vertreter an zuständiger Regierungsstelle erfährt, beim Personalamt einen Beirat aus Vertretern der Staatsbeamtenverbände einzusetzen. Der Beirat soll aus 18 Mitgliedern bestehen, die von den Berufsverbänden der Staatsbeamten durch deren satzungsmäßige Organe zu bestellen sind. Zu diesem Zwecke werden der Bund sächsischer Staatsbeamten und der Sächsische Polizeibeamtenbund, dieser für die Mitglieder mit Staatsdienereigenschaft, sowie der Bund Sächsischer Eisenbahner, die Bezirksgruppe Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Sächsische Eisenbahnerverband und die Landes-Organisation in Sachsen des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals je zu einer Gruppe vereinigt werden. Von ihnen stellt jede neun Mitglieder des Landesbeamtenbeirates.

Der Beirat hat die Aufgabe, die allgemeinen dienstlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der sächsischen Staatsbeamten und Beamtenanwärter bei der Regierung zu vertreten, bei der allgemeinen Regelung der Beamtenverhältnisse mitzuwirken und zu einem gesunden Ausgleiche zwischen den Interessen des Staates und denen der Beamten beizutragen.

Die Chemnitzer Unruhen vor Gericht

Wie es begann — Die ersten Schüsse

Am Donnerstag hatte sich in Chemnitz vor den Geschworenen der wegen Diebstahls und Gefangenenbefreiung mit 4 Jahren Zuchthaus vorbestrafte Steinsetzer Schneider wegen Mordversuchs, begangen an Reichswehrsoldaten, zu verantworten. Der Angeklagte war nicht Soldat, weil er im Zuchthause gesessen hat, trägt aber Militärkleidung. Das Urteil lautete auf 9 Jahre Zuchthaus.

In der Verhandlung gegen Schneider wurde auch der Volkskammerabgeordnete Schmidt als Zeuge vernommen, der am 7. August mit dabei war, als die Demonstration begann, die schließlich zu den Unruhen führte. Er gab als Zeuge nach einem Bericht der Chemnitzer Volksstimme folgende, ebenso anschauliche wie beachtliche Schilderung:

Nach 1 Uhr bemerkte ich, daß die Belegschaft der Sächsischen Maschinenfabrik im Demonstrationszuge nach dem Münzplatz marschierte. Als Volkskammermitglied hatte ich erhöhtes Interesse an der Sache und ging mit. 1¾ Uhr kam der Zug auf dem Platze an. Mir unbekannte Redner sprachen über die Lebensmittelfragen. Es handelte sich um eine friedliche Demonstration. Den Eindruck hatte ich. Das änderte sich nach 2 Uhr. Da wurde der Menge mitgeteilt: es sind Noskeruppen eingetroffen! Die Redner mahnten die durch diese Mitteilung erregten Massen zur Ruhe mit der Versicherung, daß sie nichts zu befürchten hätten, die ganze Umgegend sei mit Maschinengewehren gesichert! Dann folgte der erste Schuß! Ihm folgten weitere. Stimmen wurden laut: Die Noskehunde schießen! An allen Ecken wurde geschossen; man sah es aber nicht. Soldaten waren überhaupt nicht zu sehen. Durch die Schießerei lichteten sich die Reihen. Da bemerkte ich, daß hier und da Leute aus Revolvern auf den Boden schossen und nach der Seite zu riefen: Die Noskehunde schießen! Auf dem Turm des Hällmerschen Hauses standen und winkten Leute nach dem Bahnhofe zu. Verdächtig erschienen mir die vielen Leute in Matrosenuniform. Ich hatte den Eindruck des Gemachten. Darin wurde ich durch das Verhalten von Leuten bestärkt, die Zeichen durch Stockaufheben gaben. Auch hörte ich in meiner Umgebung die Worte fallen: Geld vor! Nicht da, es sind Lorcher hier! Und ein Nebenmann zeigte seinem Nachbar einen aus der Jackettasche genommenen Gegenstand und sagte: Wir haben auch „Scharfe", „heute gibt's noch Blut wurst!" 20 Minuten nach 2 Uhr war es, als der erste scharfe Schuß vom Schillerplatz her fiel und im Blauerwerk des Museums einschlug. Die Schießerei entwickelte sich weiter: 3¼ Uhr knallte auf dem Dache des Neuen Theaters ein Maschinengewehr. Von da wurde nach der Dresdner Straße geschossen; ich habe mir später die Einschläge an den Häusern der Wolken- und der Fürstenstraße angesehen. Der Eindruck setzte sich bei mir fest: Es waren alle Vorbereitungen getroffen zum eisernen Gruß für die Reichswehr!

Die ersten Schüsse waren offenbar „Alarmschüsse", um eine Erregung der Menge herbeizuführen, dann folgte der erste scharfe Schuß, der die folgende Schießerei einleitete, und die Rufe, daß „Noskehunde" schießen. Ich stellte fest, daß kein Soldat auf dem Königsplatze war!

Zeuge ist dann die Carolastraße hinaufgegangen. Da ist er von einem jungen Burschen mit Niederstechen bedroht worden, als er einen von der Menge blutig geschlagenen Soldaten wegführt hat, während aus der Menge gerufen wurde: Schlagt den Hund vollends tot!

Diese Schilderungen geben ein Bild davon, wie die Revolte inszeniert worden ist. Von welcher Sorte Leute — das zeigt u. a. auch das Strafregister, das die meisten Angeklagten aufweisen.

Flöha. Bei der Wahl zur Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Flöha sind gewählt 23 Sozialdemokraten und 17 Bürgerliche. Die Kommunisten, die nicht genug schreien können, daß das alte System beseitigt werden müsse, gaben weiße Zettel ab.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191130/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG